
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 11.11.2008

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Ursula Lindstedt
Hildegard Rüwald
Ursula Erdelkamp
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Manuela Veit
Claudia Gebhard

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Bodo Freund
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek
Hermann Puls

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L FB 50
Frau Schmücker, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Weitere Angehörige der Verwaltung
Herren Ringelsiep und Neuhaus, ARGE Kreis Unna
Frau Flacke, WFG Kreis Unna
Ein Vertreter der örtlichen Presse
Eine Zuhörerin

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

163/08

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2008

Punkt 2

161/08

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 3

164/08

Verzicht auf Rückzahlung von Finanzierungsmitteln für die Betreuung im Frauenhaus/in der Frauen-Übernachtungsstelle

Punkt 4

Sachstand zur Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna
- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Punkt 5

Sachstand zur Einführung des Sozialtickets im Kreis Unna
- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Punkt 6

162/08

Arbeitsmarktprogramm ARGE Kreis Unna 2009 – Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2008 -

Punkt 7

ARGE Kreis Unna

- Informationen zur Neuordnung der ARGE
 - Entwicklung der kommunalen Leistungen
- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Punkt 8

Kreispflegekonferenz

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

163/08

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2008

Erörterung

Herr Sparbrod geht kurz auf eine Nachfrage von Frau Giedinghagen zur Laufzeit der Modellprojekte und die damit verbundenen Zusammenhänge ein.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna werden aus Haushaltsmitteln des Jahres 2008 Zuschüsse für die Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in folgen-

der Höhe bewilligt:

Arbeiterwohlfahrt	30.677 €
Caritasverband	30.677 €
Diakonie	30.677 €
Deutsches Rotes Kreuz	30.677 €
<u>Der Paritätische, Kreisgruppe Unna</u>	<u>30.677 €</u>
Insgesamt	153.385 €

Weitere 1.535 € erhält die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna zur Zeit tätige Sprecherverband. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den gemeinsamen Verwendungsnachweis der Arbeitsgemeinschaft für das Jahr 2007 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

161/08

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Zu der Nachfrage von Frau Wentzek, warum die zu verteilenden Mittel deutlich zusammengeschrumpft seien, nimmt Frau Flacke von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Stellung. So habe sich die Strategie des Landes hinsichtlich der Verteilung vor etwa 3 Jahren geändert. Seien bis dahin Quotenregelungen für die einzelnen Regionen getroffen und im wesentlichen einzelne Projekte gefördert worden, richte man das Augenmerk derzeit vorrangig in kleinteilige Fördermaßnahmen. Generell könne gesagt werden, dass der Aufwand, um eine Förderung zu erhalten, deutlich gestiegen sei. Hinzu komme die Koordinierung der einzelnen Programme und Projekte. Dieses rechtfertige dann auch den personellen Aufwand.

Eine Auskunft über die Höhe der zukünftigen Fördermittel sei nicht möglich, so Frau Flacke weiter. Sie bitte jedoch noch einmal zu bedenken, dass sich durch die Änderung der Verfahrensweise natürlich auch die Zuteilung der Mittel verändert habe. Auch die Tatsache, dass sich der Sitz der Regionalagentur nun in Dortmund befinde, müsse Berücksichtigung finden, da eine direkte Steuerung nicht mehr möglich sei. Mittlerweile sei auch eine stärkere Verknüpfung zwischen Landes- und Bundesprogrammen feststellbar. Eine strikte Trennung sei oftmals nicht mehr gegeben. Hier sehe sie durchaus einen Bereich, sich als Regionalagentur stärker zu engagieren, und damit vermehrt Mittel in den Kreis Unna zu bringen.

Herr Nadolski-Voigt weist auf bereits im Vorfeld geführte Diskussionen hin. Allerdings glaube er auch, so der Ausschussvorsitzende, dass es gerade auch zu diesem Thema in den Fraktionen noch Beratungsbedarf gebe.

Es sei wichtig, und hier herrsche wohl fraktionsübergreifend Konsens, so die Anmerkung von Herr Ganzke, dass sich Personalkosten in diesem Bereich auch soweit wie möglich gegenfinanzieren. Bis zur Kreistagssitzung im Dezember gebe es durchaus noch die Möglichkeit, sich in den Fraktionen zur weiteren Vorgehensweise Gedanken zu machen.

Herr Sparbrod und Frau Flacke gehen zum Abschluss noch kurz auf diverse Verständnisfragen ein.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie einigt sich einvernehmlich darauf, das Thema zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung in die Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag zu schieben.

Punkt 3

164/08

Verzicht auf Rückzahlung von Finanzierungsmitteln für die Betreuung im Frauenhaus/in der Frauen-Übernachtungsstelle

Erörterung

Herr Sparbrod stellt die Sitzungsvorlage Nr. 164/08 vor und berichtet kurz über die Hintergründe des Antrages.

Aus ihrer Sicht, so Frau Schaumann (FDP-Fraktion) sprächen viele Argumente dafür, das Geld beim Frauenforum zu belassen. Durch den Verzicht auf die Rückzahlung könne die gute Arbeit honoriert werden.

Frau Giedinghagen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man die sehr positive Arbeit ebenfalls würdigen und dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie wünsche sich jedoch, zukünftig die Angaben (Tabellen) zu den Belegungszahlen so zu erhalten, dass man diese mit den vergangenen Jahresberichten vergleichen könne. Herr Sparbrod sagt zu, diesen Aspekt aufzunehmen und so weiterzugeben.

Die SPD-Fraktion wisse, dass die Gelder immer sachgerecht verwendet würden, so Frau Zubrytzki. Insofern werde man sich selbstverständlich dem Votum anschließen und der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Auf die Rückerstattung nicht verbrauchter Mittel zur Finanzierung der Leistungen der Betreuung bei einem Aufenthalt im Frauenhaus in Kamen bzw. in der Frauen-Übernachtungsstelle in Bergkamen durch das Frauenforum im Kreis Unna e.V. in Höhe von 3.471,22 € für das Jahr 2007 wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

Sachstand zur Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Anhand einer Präsentation (als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt) berichtet Herr Sparbrod über den Sachstand zur Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna. Hierbei handle es sich um den derzeitigen Stand, so der Dezernent. Man warte noch auf die endgültige Entscheidung des Landes, gehe aber davon aus, dass es so in etwa auch kommen werde, wie hier dargestellt. Soweit es neue Informationen gebe, werde er die Fraktionen entsprechend unterrichten.

Zur Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt, ob mit der Einrichtung der Pflegestützpunkte weitere Kosten für den Kreis Unna verbunden seien, teilt Herr Sparbrod mit, dass er, sollte die derzeitige Pflegeberatung in diesem Komplex aufgehen, zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon ausgehe. Möglicherweise könne es im Rahmen der Sachkostenfinanzierung sogar in den ersten drei Jahren zu einer Entlastung von rd. 50 T€ kommen (Modellprojekt). Allerdings seien die Verhandlungen diesbezüglich noch offen, so dass er keine verbindliche Aussage hierzu treffen könne.

Punkt 5

Sachstand zur Einführung des Sozialtickets im Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Aufgrund des letzten Kreistagsbeschlusses habe die Verwaltung mit der Umsetzung begonnen, so Herr Sparbrod. Die bereits im Vorfeld erstellten Merkblätter und Antragsformulare seien zügig an die entsprechenden Stellen weitergeleitet worden. Da es jedoch noch gewisse Vorläufe bei der VKU gegeben habe, sei die Einführung zum 01.11.2008 nicht mehr möglich gewesen. Derzeit lägen ihm rund 550 Anträge vor und damit momentan deutlich weniger als die zunächst prognostizierte Anzahl von 1.500 Anträgen. Er gehe aktuell auch nicht davon aus, dass diese Zahl noch erreicht werde. Für den kommenden Haushalt wolle man zunächst einmal mit einer Zahl von etwa 1.000 Nutzern rechnen.

Die Antragsunterlagen werde man nach erfolgter Prüfung an die VKU weiterreichen. Die Tickets würden ab Dezember für zunächst vier Monate und anschließend quartalsweise ausgehändigt. Verbunden mit dem Datenabgleich werde man die Berechtigungen regelmäßig überprüfen. Bei der ursprünglichen Planung (1.500 Sozialtickets) habe man von Kosten für den Kreishaushalt in Höhe von rund 440.000 Euro ausgehen können. Eine aktuelle Berechnung könne er derzeit nicht anstellen, so der Dezernent weiter. Ob es hinsichtlich der Verlustabdeckung bei der VKU noch zu Synergieeffekten kommen werde, könne zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls noch nicht gesagt werden. Hier solle es nach etwa einem halben Jahr zu einer Eruierung des Verfahrens kommen. Der Großteil der Antragsteller komme aus dem Bereich des

Sozialgesetzbuches II und lediglich 40 Personen seien Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch XII.

Die CDU-Fraktion habe sich eigentlich eine parlamentarische Begleitung des Verfahrens gewünscht. Bislang vermisse sie diese, so Frau Giedinghagen. Gerne hätte man im Vorfeld mehr über die Ergebnisse der Gespräche mit der VKU und auch den anderen Kommunen erfahren.

Herr Sparbrod weist in dem Zusammenhang noch einmal auf den als **Anlage 2** beigefügten, zeitlichen Verfahrensablauf zum Sozialticket hin.

Das Monatsticket, welches den Nutzern zur Verfügung gestellt werden solle, entspreche dem normalen Aboticket im Kreis Unna. Betroffen seien in dem Zusammenhang im Übrigen nicht nur die VKU, sondern sowohl die Bahn als auch die anderen Verkehrsgesellschaften, die im Kreisgebiet verkehrten. Auf den Grundpreis von 54,80 Euro werde ein Großkundenrabatt gewährt. Nach Abzug des Eigenanteils verbliebe ein Kostenansatz pro Monat und Nutzer in Höhe von 34,70 Euro. Hochgerechnet auf die mögliche Anzahl von 1.500 Nutzern, unter Berücksichtigung von Minderaufwendungen an anderer Stelle und den monatlichen Eigenanteilen der Nutzer sei die Gesamtsumme von rund 440.000 Euro errechnet worden. Im Sozialausschuss am 11.02.2008 hätten hierzu bereits erste Zahlen vorgelegen, die von der KfP auch vorgetragen worden seien (s. Niederschrift vom 11.02.2008). Bereits frühzeitig sei darauf hingewiesen worden, dass eine kostenlose Bereitstellung nicht möglich sei. Die weitere Entwicklung könne aktuell noch nicht abgesehen werden. Selbstverständlich, so noch einmal die Betonung des Sozialdezernenten, werde man die Fraktionen mtl. laufend über die Entwicklung der Fallzahlen unterrichten. Gleichzeitig biete er natürlich auch an, diese Thematik in den Haushaltsberatungen zu diskutieren.

Frau Wentzek teilt mit, dass sie auch für ihre Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Freude darüber ausdrücken möchte, dass dieses bedeutende Projekt nun kurz vor dem Beginn stehe.

Auf Nachfrage von Frau Giedinghagen teilt Herr Sparbrod mit, dass es im Kreis Unna rund 42.000 Anspruchsberechtigte gebe. Diese Zahl setze sich überwiegend aus den Leistungsempfängern nach dem SGB II und dem SGB XII zusammen.

Herr Sparbrod beantwortet im Anschluss noch kurz einige Verständnisfragen.

Herr Nadolski-Voigt teilt zum Ende der Diskussion mit, dass es sich hier lediglich um einen Sachstandsbericht handele. Das gesamte Verfahren müsse selbstverständlich auch weiterhin begleitet werden.

Dieser Niederschrift ist als **Anlage 3** eine aktuelle Übersicht über die bislang beantragten Sozialtickets beigefügt.

Punkt 6

162/08

Arbeitsmarktprogramm ARGE Kreis Unna 2009 – Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche

Erörterung

Herr Ganzke stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Hintergrund hierfür seien Gespräche mit der Arbeitsagentur gewesen. Im September diesen Jahres habe es im Kreisgebiet theoretisch für jeden Bewerber einen Ausbildungsplatz gegeben. Problematisch sei jedoch oftmals der geringe Bildungsstand der Bewerber, der eine Besetzung der Stellen teilweise unmöglich mache. Aufgründdessen müsse man einmal mehr den Fokus auf die Jugendlichen unter 25 setzen, die über keinen Schulabschluss verfügten. Ziel sei die Aufstellung eines Sofortprogramms, um die Erlangung eines Hauptschulabschlusses zu forcieren. Während es die Aufgabe der ARGE Kreis Unna sei, den Personenkreis zu ermitteln, müsse die Bundesagentur die jungen Leute in die Lage versetzen, einen entsprechenden Bildungsstand zu erreichen. Es liege auch im gesellschaftlichen Interesse, dass eine Fortführung von Sozialhilfegenerationen verhindert werde.

Sie wolle anmerken, so Frau Schaumann für die FDP-Fraktion, dass es ohnehin Kernaufgabe der ARGE sei, sich um alle Betroffenen zu kümmern. Weiterhin stelle sich die Frage, warum die ARGE diese Aufgabe zusätzlich erfüllen solle, wenn doch der Bund voraussichtlich im Rahmen einer Novellierung der Förderinstrumente die Bundesagentur für Arbeit in 2009 mit der Durchführung einer solchen Maßnahme beauftragen werde. Zudem sei es interessant zu wissen, woraus eine solche Maßnahme denn finanziert werden solle.

Für die CDU-Fraktion sei es wichtig zu erfahren, welche Gründe für das Nichtvorliegen des Hauptschulabschlusses vorlägen, so Frau Giedinghagen. Man müsse erst die Hintergründe kennen, um dann gezielt handeln zu können. Von Interesse sei auch, wie viele dieser arbeitslosen jungen Menschen ohne Schulabschluss an dem Projekt „BUS“ (Beruf und Schule) des Landesschulministeriums teilgenommen haben. Sie habe den Eindruck, dass es sich hier wieder nur um einen publikumswirksamen Antrag handle. Auch ihre Fraktion sehe es als selbstverständlich an, dass sich die ARGE um diese jungen Menschen kümmere. Zudem habe sich der Antrag schon ein bisschen von selbst erledigt, da das Nachholen des Schulabschlusses entsprechend des Entwurfs künftig Pflichtaufgabe werde und es einen Rechtsanspruch darauf geben solle.

Man könne doch nicht so einfach hinnehmen, dass es junge Menschen gebe, die seit vielen Jahren im Leistungsbezug der ARGE oder vorher der Sozialämter stünden, so noch einmal Herr Ganzke. Es müsse doch im Interesse aller liegen, wenn man hier nach Lösungen suche und diesen Leuten mögliche Perspektiven für ihren weiteren Lebenslauf aufzeige.

Herr Ringelsiep erklärt, dass man gerade für diesen Bereich nicht immer alle Daten vorliegen habe, weil sie einfach aufgrund der Vorgaben in der Vergangenheit nicht abgefragt worden seien. Mittlerweile versuche man, die Angaben nachträglich zu erhalten und zu erfassen. Zwar habe er momentan nicht mehr als ein Bauchgefühl, dennoch vermute er schon eine relativ hohe Anzahl von jungen Menschen ohne entsprechende Qualifikation. Insofern sei es schon nicht verkehrt, den Blick auf diese Gruppe zu richten. Grundsätzlich aber seien durchaus Erfolge im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. So werde man wahrscheinlich auch die ehrgeizigen Ziele für 2008 erreichen. In Schwerte beispielsweise habe man - allerdings bedingt

auch durch einen verstärkten Personaleinsatz - die Jugendarbeitslosigkeit im laufenden Jahr halbieren können. Die Mittelverwendung sei allerdings nicht immer einfach, zumal dieses wohl künftig Bundesangelegenheit werde. Lieber wäre ihm gewesen, so der ARGE-Geschäftsführer weiter, wenn dieser Bereich in der Zuständigkeit der ARGE liegen würde. Hier bleibe einfach abzuwarten, wie sich das Ganze entwickeln werde.

In der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe man sich darauf verständigt, das Anliegen als durchaus verständlich anzusehen und dem Antrag zuzustimmen, so Frau Wentzek. Die hier im Ausschuss geführte Diskussion hierüber sei aber nur schwer nachvollziehbar. Wenn man wirklich etwas bei den Jugendlichen erreichen wolle, dann müsse man vielleicht auch mal mit diesen selber reden. Dann würde man die Probleme in Erfahrung bringen. Eine bloße Datenabfragung reiche da nicht aus. Vielfach seien die Fehlentwicklungen schon im familiären Umfeld begründet, weshalb es auch frühzeitig einer Verstärkung der Arbeit in der Jugendhilfe bedürfe.

Herr Neuhaus ergänzt die Ausführungen von Herrn Ringelsiep. Es sei begrüßenswert, einen Rechtsanspruch auf die Erlangung eines Hauptschulabschlusses zu garantieren. Allerdings stelle sich die Frage, wie man diesen tatsächlich auch geltend machen wolle. Vorrangig gehe es um die Frage, wie man ein bestimmtes Bildungsniveau erhalte. Hierzu müsse man dann tatsächlich auch auf die Jugendlichen zugehen. Zudem seien entsprechende Angebote zu schaffen. Anmerken müsse man auch, dass die bisherigen Berufsvorbereitungsmaßnahmen nicht immer zur Zufriedenheit der ARGE durchgeführt worden seien.

Eine Beschlussfassung wird aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfs nicht herbeigeführt.

Punkt 7

ARGE Kreis Unna

- Informationen zur Neuordnung der ARGE
 - Entwicklung der kommunalen Leistungen
- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Herr Diekmännken berichtet anhand eines Folienvortrages (als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt) über den aktuellen Stand zur Neuordnung der Arbeitsgemeinschaften. Nachdem man im Juli diesen Jahres eigentlich einen Schritt weiter zu sein schien, sehe es aktuell so aus, dass der Ausgang der Diskussion um die ARGEen wieder vollkommen offen sei. Es bleibe zu hoffen, dass nun die Ministerpräsidentenkonferenz am 18.12.2008 ein Ergebnis bringe und es möglicherweise noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr zu einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens komme.

Am 14.11.2008 erfolge auf Staatssekretärebene eine Vorbesprechung zu der Thematik, so die Anmerkung von Herrn Ringelsiep. Vielleicht wisse man dann schon ein wenig mehr.

Im Anschluss stellt Herr Sparbrod die Entwicklung der kommunalen Leistungsdaten ausführlich vor. Die

hierzu erstellte Präsentation ist dieser Niederschrift ebenfalls beigelegt (**Anlage 5**).

Zu dem Vortrag des Dezernenten - insbesondere hinsichtlich der Energiekostenentwicklung - merkt Frau Wentzek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, dass in der letzten Sitzung bereits über energetische Maßnahmen diskutiert worden sei. Insofern stelle sich für sie auch an dieser Stelle noch einmal die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, einen Investitionskostenzuschuss an die Vermieter zu vergeben, um durch bauliche Veränderungen Einsparmaßnahmen herbeiführen zu können. Ziel müsse es sein, die Ursache zu beheben, um langfristig die Kosten senken zu können.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die beiden Berichte der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8

Kreispflegekonferenz

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Herr Sparbrod berichtet kurz über die vor etwa zwei Wochen stattgefundene 50. Kreispflegekonferenz. Vorgestellt worden sei noch einmal das Beratungssystem im Kreis Unna (Pflegeberatung, Wohnberatung und Psychosoziale Begleitung). Daneben habe man auch über die anstehende Einrichtung der Pflegestützpunkte gesprochen. Allerdings seien auch den Vertretern der Pflegekassen hierzu keine weiteren Informationen bekannt.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Klageverfahren im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II

Beantwortung der Anfrage von Frau Giedinghagen aus der Sitzung am 19.08.2008

Herr Sparbrod teilt mit, dass zwischenzeitlich die Angaben vorliegen würden. Eine Übersicht der Zahlen ist der Niederschrift (**Anlage 6**) beigelegt.

2. Finanzierung der Arbeitslosenzentren – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Herr Sparbrod teilt mit, dass die Finanzierung der Arbeitslosenzentren für das Jahr 2009 keine Rolle bei den Haushaltsplanberatungen spielen werde. Über die ARGE und in Absprache mit den Trägern sei eine Möglichkeit eröffnet worden, die Finanzierung zumindest für das kommende Jahr sicherzustellen. Die Finanzierung sei verbunden mit dem Auftrag, sich um den Personenkreis 50 und älter zu kümmern. Es bleibe dann natürlich abzuwarten, wie es zukünftig mit den Einrichtungen weitergehe.

3. Ausstellung der Wohnberatung – Mitteilung von Frau Schwarzer

Frau Schwarzer weist auf die heute Morgen eröffnete Ausstellung der Wohnberatung im Foyer des Kreishauses hin. Sie hoffe, dass das Thema die Ausschussmitglieder nicht nur interessiere, sondern diese die Bedeutung auch in die verschiedenen Gremien weitertragen werden.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.55 Uhr

Anlage

1. Präsentation zur Einführung der Pflegestützpunkte im Kreis Unna
2. Präsentation über den zeitlichen Ablauf der Einführung des Sozialtickets
3. Übersicht der Antragsstellungen zum Sozialticket
4. Neuordnung der ARGE – Präsentation
5. Entwicklung der kommunalen Leistungen – Präsentation
6. Übersicht der Klageverfahren im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer